



# Geschichte der Sozialdemokratie in Japan

**MIKIO TAGAMI**

Januar 2014

- In der Entwicklung politischer Ideologien im modernen Japan hat die Sozialdemokratie nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der Begriff Sozialdemokratie blieb für Japaner schwer verständlich; zu keinem Zeitpunkt erreichte die Idee in Japan die Breite der Bevölkerung.
- 1945 wurde die Sozialistische Partei Japans (SPJ) gegründet, die sich zur zentralen Organisation der Sozialdemokratie in Japan entwickelte. 1947 kam die Partei kurzfristig an die Regierung, blieb aber ansonsten in der gesamten Nachkriegszeit ohne entscheidenden politischen Einfluss.
- Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor die Sozialistische Partei weitgehend ihren Wählerstamm, nachdem die Partei erstmals die Verfassungskonformität der japanischen Selbstverteidigungskräfte sowie des Militärbündnisses mit den USA anerkannt hatte und eine Koalition mit der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) eingegangen war.
- 1996 formierten sich die Reste der Sozialistischen Partei als Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) neu, aber auch sie verlor kontinuierlich an Einfluss. Heute erfüllt die Partei mit fünf Parlamentssitzen nur noch die Mindestvoraussetzung für den Erhalt des Status einer politischen Partei.



## Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>2. Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung und Ideologie in Japan</b> .....	<b>3</b>
2.1 Die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg .....	3
2.2 Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg .....	4
2.2.1 Die Gründung der <i>Nihon Shakaitō</i> (SPJ) .....	4
2.2.2 Das »System von 1955« .....	5
2.2.3 Erneute Spaltung der SPJ und Gründung der <i>Minshatō</i> (Demokratische Sozialistische Partei, DSP) .....	6
2.2.4 Die ultralinke <i>Shakaishugi Kyōkai</i> (Sozialistische Vereinigung) .....	7
2.2.5 Die Eda-Vision .....	7
2.2.6 Die »Volkspartei«-Deklaration .....	8
2.2.7 Die <i>Minshutō</i> (DPJ)-Regierung und ihr Niedergang, 2009–2012 .....	10
<b>3. Fazit</b> .....	<b>11</b>

## 1. Einleitung

In der Entwicklung politischer Ideologien im modernen Japan hat die Sozialdemokratie nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der Begriff Sozialdemokratie hat sich, in Japan wie auch in Europa, im Lauf der Zeit stark gewandelt, blieb aber für Japaner im Kern schwer verständlich. Zwischen rechten und linken Ideen wie Marxismus, Konservatismus und Neoliberalismus erreichte die Idee in Japan zu keinem Zeitpunkt die Breite der Bevölkerung.

Die Geschichte der Sozialdemokratie in Japan lässt sich grob in die Zeit vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945) einteilen – wobei erstere als Entstehungsphase und letztere als Entfaltungsphase bezeichnet werden kann. Die Entstehung der Sozialdemokratie fällt in die späte Meiji-Zeit (1868–1912) und zog sich über die Taisho-Ära (1912–26) hin bis in die Kriegszeit der 1930er und frühen 1940er Jahre. Die strenge staatliche Kontrolle und die ideologische Unterdrückung unter dem zentralistischen Tennō-System der Vorkriegszeit behinderte eine weite Verbreitung westlicher Ideen und Bewegungen. Mit Ausnahme der Ära der sog. Taisho-Demokratie (ca. 1910er und 1920er Jahre) war es der breiten Bevölkerung in der Vorkriegszeit nicht vergönnt, die Freiheit des Denkens zu genießen.

Einhergehend mit dem Aufstieg des Militärs zum dominierenden Faktor in Japans Innenpolitik und der japanischen Aggression in Asien und im Pazifik (1931–45) verschärfte sich der Druck im Inland. Dadurch verschlechterte sich das Umfeld für Ideen westlichen Ursprungs weiter, was schließlich dazu führte, dass viele Sozialdemokraten sich den totalitären Entwicklungen der Zeit annäherten und damit jeglichen Einfluss verloren.

Die Entfaltungsphase der japanischen Sozialdemokratie begann im Jahre 1945 mit dem Sturz des vom Militär dominierten Kriegsregimes infolge der Kapitulation Japans. In diesem Jahr wurde die **Nihon Shakaitō (Sozialistische Partei Japans<sup>1</sup>, SPJ)** gegründet, die sich zur zentralen Plattform der Entfaltung der Sozialdemokratie entwickelte. 1947 gelangte die Partei erstmals an die Regierung, landete jedoch aufgrund heftiger interner

Auseinandersetzungen zwischen dem, mit dem Kommunismus sympathisierenden, linken Flügel und dem anti-kommunistischen rechten Flügel nach kurzer Zeit wieder auf der Oppositionsbank. Nach der Spaltung in einen rechten und einen linken Flügel wurde die Partei 1955 neu gegründet. In der Folge dominierte in der Partei eine Grundhaltung, die sich in ihrer Art von der westeuropäischen Sozialdemokratie unterschied und auch als »japanische Sozialdemokratie« bezeichnet wird. Prägend für diese »japanische Sozialdemokratie« ist ihr Antikapitalismus, ihre pro-kommunistische Ausrichtung, ihr Bild einer Klassenpartei und ihre Ausrichtung auf die sozialistische Revolution als zentrale Zielsetzung. Der Begriff »Sozialdemokratie« im reformierten Sinne wurde dagegen zum Gegenstand der Verachtung des linken Flügels der SPJ.

Im Zuge des schnellen Wirtschaftswachstums wurde die gesamte japanische Bevölkerung in den 1970er und 1980er Jahren von dem Bewusstsein erfasst, zur »Mittelschicht« zu gehören, wodurch die linken Kräfte insgesamt wieder in den Hintergrund rückten. Erst Mitte der 1980er Jahre wurde von der SPJ ein Parteiprogramm angenommen, das sich an den Ideen der reformierten westeuropäischen Sozialdemokratie anlehnte; die Partei hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Kraft und den Einfluss, dieses neue Programm umzusetzen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges spaltete sich die bis dahin über lange Jahre hinweg unangefochtene konservative Regierungspartei Liberaldemokratische Partei (LDP) auf, was den Prozess der Neuordnung des Parteiensystems einleitete, in dessen Verlauf die Sozialdemokraten weiter an Bedeutung verloren. 2009 gelangte die Demokratische Partei (DPJ) – eine Ansammlung von eher zentristischen und konservativen Nicht-LDP-Gruppierungen – zum ersten Mal an die Regierungsmacht und übernahm teilweise sozialdemokratische Ideen in ihren politischen Forderungskatalog (Manifest). Sie erlitt jedoch bei den Unterhauswahlen 2012 eine herbe Niederlage, woraufhin die LDP wieder an die Macht kam und die politischen Maßnahmen der DPJ weitgehend rückgängig machte. Für die Sozialdemokratie brach damit ein neues Zeitalter der Verwirrung und ohne klaren Kurs an.

1. Anmerkung der Übersetzer: Der offizielle englische Name der Partei enthielt bereits bei der Gründung 1945 den Zusatz »demokratisch«: Social Democratic Party of Japan (SDPJ). Um Verwechslungen mit später im Text genannten Parteien zu vermeiden, wurde im vorliegenden Text aber der japanischen Bezeichnung folgend die direkte Übersetzung Sozialistische Partei Japans (SPJ) für die 1945 gegründete Nihon Shakaitō gewählt.

## 2. Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung und Ideologie in Japan

### 2.1 Die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg

Im Jahr 1868 wurde die japanische Feudalregierung, das Shogunat, nach 260 Jahren an der Macht in der sog. Meiji-Restauration gestürzt. Die neue Regierung, mit dem Kaiser als symbolischem Mittelpunkt der Politik, baute einen dem Äußeren nach modernen Staat auf, indem man aktiv westliche Strukturen und Kultur übernahm. 1889 wurde eine Verfassung erlassen, die an der preußischen Verfassung angelehnt war; ein Jahr später wurde das japanische Parlament eröffnet.

Um in die Ränge der Großmächte aufgenommen zu werden, trieb die Meiji-Regierung intensiv eine Politik der Stärkung der Wirtschaft und des Militärs voran, dem Slogan »Reiches Land, Starke Armee« (fukoku kyōhei) folgend. In zwei Kriegen besiegte Japan die asiatische Großmacht China (1894/95) sowie die Weltmacht Russland (1904/05) und verschaffte sich einen Brückenkopf für die Expansion auf den asiatischen Kontinent. Durch die Annexion Koreas (1910) konnte Japan seine Machtposition auf dem Festland weiter ausbauen.

In dieser Zeit wurde Japans erste proletarische Partei gegründet, die **Shakai Minshutō** (Sozialdemokratische Partei). Bis auf eine Ausnahme waren alle Führungspersonlichkeiten der Partei Christen, darunter u. a. Sen KATAYAMA [1859–1933], Isoo ABE [1865–1949], und Shūsui KŌTOKU [1871–1911]. In Anlehnung an das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurden acht »Ideale« und ein »Parteiprogramm« aus 28 Punkten verabschiedet. Die Ideale beinhalteten universale Brüderlichkeit, Aufgabe der staatlichen Rüstungspolitik, Überwindung des Klassensystems, Gemeineigentum an Produktionsmitteln, gerechte Verteilung von Profiten, gleichen Zugang zu Bildung für alle etc. Die 28 Punkte des Parteiprogramms waren in Form konkreter Ziele formuliert, u. a. Abschaffung des Oberhauses und des Gesetzes über die Sicherheitspolizei, die Umsetzung eines allgemeinen Wahlrechts (Wahlrecht auch für Männer der unteren Gesellschaftsschichten), Versammlungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit.

Die Regierung ordnete umgehend ein Verbot der Partei an, und die Sozialdemokratische Partei wurde am

nächsten Tag wieder aufgelöst. Auch wenn sie nur für zwei Tage existierte und sich die sechs Befürworter in der Folge jeweils der Gründung neuer Parteien zuwendeten, kommt der Gründung der ersten sozialdemokratischen Partei als Ursprung der linken Bewegung in Japan eine große Bedeutung zu.

Im Jahr 1906 wurde mit der **Nihon Shakaitō (Sozialistische Partei Japans)** die nächste proletarische Partei ins Leben gerufen, die im Rahmen der bestehenden Gesetze sozialdemokratische Forderungen stellte. Eine zentrale Rolle spielten dabei wiederum Katayama und seine Gruppe. Die Sozialistische Partei veröffentlichte die »Heimin Shinbun« (Commoners Newspaper) und setzte sich für allgemeines Wahlrecht sowie Unterstützung der Minenarbeiter bei Bergwerkskonflikten ein. Nach nur einem Jahr wurde auch diese Partei von den Behörden aufgelöst.

Zu diesem Zeitpunkt übte der Marxismus in Japan noch keinen großen Einfluss aus; erst nach der russischen Revolution begann man sich in Japan ernsthaft mit dem Marxismus zu beschäftigen. Die ersten Japaner, die mit marxistischem Gedankengut in Berührung kamen, waren die oben genannten Katayama, Kōtoku und einige andere linksorientierte Intellektuelle. Die gleiche Gruppe gründete 1922 die **Kommunistische Partei Japans**, deren erklärtes Ziel der Sturz des kaiserlichen Systems war. Von Anfang an war die Partei als illegale Organisation im Untergrund tätig und blieb aufgrund der massiven Unterdrückung durch die Regierung auch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in der Illegalität.

Vom Ende der Meiji-Zeit (1868–1912) über die Taishō-Periode (1912–1926) hinweg bis zu den Anfängen der Shōwa-Ära (1926–1989) entwickelte sich in Japan eine politische Strömung, die demokratische Reformen im Rahmen des bestehenden Systems mit dem Kaiser im Zentrum anstrebte (»Taishō-Demokratie«). Bezüglich der Datierung des Beginns und des Endes dieser Phase gibt es unterschiedliche Meinungen, fest steht jedoch, dass gegen Ende dieser Periode, im Jahr 1926, erneut eine sozialdemokratische Partei, die **Shakai Minshutō (Soziale Volkspartei)**, unter Vorsitz von Isoo ABE (Mitbegründer der oben erwähnten *Shakai Minshutō* aus dem Jahr 1901) ins Leben gerufen wurde. Die Partei strebte eine gesetzeskonforme Reform des Kapitalismus sowie die Verwirklichung eines an den Arbeitern ausgerichteten politischen und wirtschaftlichen Systems an, und erklärte

die »drei Antis« (Antikapitalismus, Antikommunismus, Antifaschismus) zur politischen Leitlinie.

Einer der führenden politischen Denker dieser Zeit, Sakuzō YOSHINO [1878–1933] – Verfechter der Idee einer japanisierten Form der Demokratie (*Minponshugi* – »people as the base-ism«), vertrat in dieser Zeit ebenfalls sozialdemokratische Positionen und hatte die Gründung der neuen Partei inspiriert. Yoshino selbst verstand seine Idee des *Minponshugi* als Äquivalent zur Sozialdemokratie.

1932 gründete Isoo ABE die ***Shakai Taishūtō*** (Soziale Massenpartei), die in der Tradition der *Shakai Minshūtō* (Soziale Volkspartei) stand und die Konfrontation mit dem konservativen politischen Lager und dem Militär nicht scheute. Sie trat für die Überwindung des Kapitalismus und die Befreiung des Proletariats ein. Bei den Unterhauswahlen 1937 konnte sie eine beträchtliche Zahl von Sitzen im Parlament erringen und sich als dritte Macht neben den zwei großen Parteien *Minseitō* (Demokratische Partei) und *Seiyūkai* (Vereinigung politischer Freunde) etablieren. Der als Liberalist bekannte Eijirō KAWAI [1891–1944] bezeichnete sich selbst als Sozialist (nach heutigem Verständnis: Sozialdemokrat) und setzte große Erwartungen in die Partei.

Traditionell wird der *Shakai Taishūtō* (Soziale Massenpartei) politisch nur ein geringer Stellenwert zugeschrieben. Der Erfolg bei den Wahlen 1937 sollte in der Tat nicht überbewertet werden. Trotzdem ist anzumerken, dass in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg auch in Japan das Interesse und die Sympathie für die sozialdemokratischen Ideen zunahm und der Wahlerfolg der *Shakai Taishūtō* daher kein Zufall war.

1931, ein Jahr vor der Gründung der ***Shakai Taishūtō***, ereignete sich im Nordosten Chinas der von japanischen Truppen inszenierte Mandschurische Zwischenfall, der den Auftakt zum »15jährigen Krieg« (auch Asiatisch-Pazifischer Krieg, 1931–45) darstellte. Ab dieser Zeit verstärkten sich die militaristischen Tendenzen, Japan driftete immer mehr nach rechts ab, und die Kontrolle bzw. die Unterdrückung von Ideologien wurde verschärft. Teile der ***Shakai Taishūtō***, befürworteten die Invasion in China und suchten die Annäherung an das Militär. Auch die anderen proletarischen Parteien wurden durch Festnahmen führender Parteimitglieder und Vereinigungsverbote geschwächt und vom Sog der nationalen Mobilmachung erfasst.

## 2.2 Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

### 2.2.1 Die Gründung der *Nihon Shakaitō* (SPJ)

Die ***Nihon Shakaitō*** (**Sozialistische Partei Japans, SPJ**) wurde kurz nach der japanischen Kapitulation im September 1945 gegründet. Die Gründung der Partei ging zurück auf einen Aufruf von Suehiro NISHIO [1891–1981] (ehemals *Shakai Minshūtō*), einem Führer des rechten Flügels der Arbeiter- und Bauernbewegung vor dem Krieg, dem sich der linke Flügel der Sozialen Volkspartei und eine Reihe von Intellektuellen anschlossen. Isoo ABE, der alte Staatsmann der proletarischen Bewegung, wurde zum Berater der neuen Partei berufen. Trotz des gleichen Namens unterschied sich die neue Partei sowohl in ihrem Programm als auch in ihrem Umfang vollkommen von der Namensschwester, die vierzig Jahre zuvor gegründet worden war. Angesichts der Zusammensetzung der Partei aus Vertretern des linken und des rechten Flügels der sozialistischen Bewegung wurde das Gründungsprogramm auf drei Punkte begrenzt: 1. Errichtung einer Demokratie, 2. Durchsetzung des Sozialismus und 3. Antimilitarismus und Verwirklichung des ewigen Friedens in der Welt.

Parallel dazu wurde ein 70 Punkte umfassender Katalog mit Maßnahmen formuliert, der u. a. die Demokratisierung der Verfassung enthält. Inhaltlich überschritten sich diese Maßnahmen mit der Demokratisierungspolitik der Alliierten Besatzungsbehörden (SCAP bzw. GHQ) und der 1946 verabschiedeten neuen Verfassung. In der Folge kam es allerdings zwischen dem linken und rechten Flügel der Partei zu heftigen Fehden um die politischen Maßnahmen und die Ausrichtung der Bewegung. Die Entwicklung der neuen Partei war geprägt von einer endlosen Kette von Konflikten zwischen linken und rechten Kräften.

Neben der Frage der Nähe zum Marxismus bzw. Kommunismus vergrößerte sich die Kluft zwischen den beiden Lagern auch durch den Widerstand des linken Flügels gegen die Parlamentsorientierung des rechten Flügels um Nishio. Der Ansatz von Nishio und seiner Gruppe, die Massenbewegung zurückzustellen, und mehr Gewicht auf Verhandlungen (und Kompromisse mit anderen politischen Akteuren) und Handeln der Parteien im Parlament zu legen, unterschied sich nur wenig vom Stil der Vorkriegszeit.

Im Herbst 1946 wurde die **neue Japanische Verfassung** erlassen, in deren Zentrum die drei Säulen Volkssouveränität, Achtung der Menschenrechte und Pazifismus standen. Kurz vor Inkrafttreten der Verfassung (1947) fanden Unterhauswahlen statt, aus denen die SPJ als stärkste Partei hervorging. In Koalition mit zwei konservativen Parteien kam unter Premier Tetsu KATAYAMA [1887–1978] (Vorsitzender der SPJ; nicht zu verwechseln mit dem o. g. Sen KATAYAMA) die erste japanische Regierung unter Führung einer sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Partei zustande.

Die Regierung setzte sich für die vom linken Flügel nachdrücklich geforderte Verstaatlichung der wichtigen Industrien (insbesondere Bergbau) ein, was wiederum zu Flügelkämpfen führte, so dass das Kabinett nach nur etwa acht Monaten stürzte [24.5.1947–10.3.1948]. Im darauffolgenden konservativen Kabinett [10.3.1948–15.10.1948] unter Hitoshi ASHIDA [1887–1959] blieb die SPJ zwar noch in der Regierungskoalition, landete aber nach weiteren sieben Monaten wieder auf der Oppositionsbank, nachdem das Kabinett Ashida aufgrund eines Bestechungsskandals geschlossen zurücktreten musste.

Die Niederlage bei der anschließenden Unterhauswahl brachte den schwelenden Konflikt um den »Charakter« der Partei ins Zentrum des Interesses. Dies äußerte sich in der Auseinandersetzung zwischen Tatsuo MORITO [1889–1980] (rechter Flügel) und Junzō INAMURA [1900–1955] (linker Flügel) im Jahr 1949. Laut Hitoshi YAMAKAWA [1880–1958], einem der Anführer der sozialistischen Arbeiter- und Bauernfraktion vor dem Krieg, die sich auf die Zeitschrift »*Rōnō*« (Arbeiter und Bauern) stützte, war dieser Streit die Antwort des linken Flügels, der den Eindruck hatte, »dass man einer »quallenartigen« Organisation Grundprinzipien einflößen wolle«. Der Streit um den Charakter der Partei, d. h. die Frage ob man eine sozialdemokratische Volkspartei sein sollte, die breite Schichten der Arbeiter, Bauern, Fischer und Selbstständigen mobilisiert (MORITO) oder eine Klassenpartei, die den marxistischen Prinzipien folgt (INAMURA), endete letztendlich damit, dass man sich als »Klassen- und Massenpartei« mit starker Linksprägung positionierte.

Noch entscheidender war jedoch die Kontroverse um den Friedensvertrag, der Japan in der internationalen Gemeinschaft rehabilitieren sollte. Dabei ging es um die Frage, ob ein umfassender Friede mit allen alliierten Staaten, einschließlich der Sowjetunion und anderen so-

zialistischen Staaten (linker Flügel), oder ein auf die USA, Großbritannien und die westlichen Staaten begrenzter Sonderfriede (rechter Flügel) geschlossen werden sollte. Der Streit zog sich über den Ausbruch des Koreakriegs 1950 hinaus bis ins Jahr 1951. Der Streit um die Haltung der Partei zur Ratifizierung des Friedensvertrages von San Francisco, der im September 1951 unterzeichnet wurde, führte schließlich zur Spaltung der Partei. Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten hatten den Vertrag nicht unterzeichnet, weshalb der linke Flügel die Ratifizierung ablehnte und der rechte Flügel schließlich die Partei verließ.

Mit der Zuspitzung des Kalten Krieges begannen die US-Besatzungsbehörden, in der Regierung und in Schlüsselindustrien arbeitende Mitglieder der Kommunistischen Partei aus ihren Ämtern zu entfernen (»red purge«, rote Säuberung), während auf der anderen Seite die Gründung des **Allgemeinen Japanischen Gewerkschaftsverbands** (*Nihon Rōdō Kumiai Sōhyō Gikai*, General Council of Trade Unions) (*Sōhyō*), einer antikommunistischen landesweiten Organisation, unterstützt wurde. Ironischerweise gewann jedoch der linke Flügel im *Sōhyō* früh die Oberhand und begann gegen den Friedensvertrag von San Francisco zu protestieren. Die Gewerkschaften stellten sich gemeinsam mit der SPJ an die Spitze der Massenbewegung und forderten unter dem Motto »Schutz der Verfassung und des Pazifismus« die Beibehaltung eines international neutralen Kurses. Dieses Motto wurde zum Aushängeschild der vom *Sōhyō* gestützten SPJ. Es stieß auf große Resonanz in der Bevölkerung und diente dazu, den parteiinternen Streit um die Frage »Sozialdemokratie oder Marxismus?« zu verdecken.

### 2.2.2 Das »System von 1955«

Nach der Wiedererlangung der Souveränität trieb die Regierung – u. a. auch auf Druck der USA – die Wiederbewaffnung Japans voran und organisierte 1954 die Sicherheitskräfte in Form der Selbstverteidigungskräfte (Self-Defense Forces, SDF) neu. Darüber hinaus keimten im konservativen Lager Pläne für eine Verfassungsreform, in der der Verzicht auf Krieg festgeschrieben war. Während auch für die folgende Unterhauswahl mit einer Niederlage gerechnet wurde, vereinten sich angesichts dieser alarmierenden Situation im Jahr 1955 der linke und der rechte Flügel der Sozialistischen Partei wieder.

Im Gegenzug formierte sich auch das konservative Lager, was zur Gründung der *Jiyū Minshutō* (Liberaldemokratische Partei, LDP) führte.

In dieser Zeit formierte sich die Konstellation LDP vs. SPJ, die fast 40 Jahre Bestand haben sollte und allgemein als das »System von 1955« bezeichnet wird. Aufgrund der Tatsache, dass die LDP aber in diesem System stets der dominierende Faktor war und eine Regierungsübernahme der SPJ kaum realistisch schien, kann man aber kaum von einem Zweiparteiensystem sprechen. Politikwissenschaftler sprechen daher eher von einem Ein-einhalb-Parteiensystem.

Die wiedervereinigte Sozialistische Partei verkündete bei ihrer Gründung ein **Parteiprogramm**, das sich jedoch auf eklektische Inhalte beschränkte, da man um eine Aussöhnung der beiden Flügel bemüht war. Die Partei definierte sich einerseits als linke »Klassen- und Massenpartei«, verankerte aber auch einen rechtsorientierten »Antikommunismus« in ihrem Programm. Der linke Flügel der SPJ hatte erst im Jahr zuvor, 1954, ein **Programm des linken Flügels** erstellt, das eine sozialistische Revolution proklamierte, und machte daher keinen Hehl aus seiner Unzufriedenheit mit dem Einheitsprogramm.

### 2.2.3 Erneute Spaltung der SPJ und Gründung der *Minshatō* (Demokratische Sozialistische Partei, DSP)

1959/60 kam es zu umfassenden Arbeiterstreiks im Bergwerk *Mitsui Miike* (Präfektur Fukuoka) im Westen Japans. Infolge der Rezession in der Kohleindustrie kündigte das Unternehmen einen Rationalisierungsplan mit Massenentlassungen an, wogegen sich die Gewerkschaft heftig widersetzte. Die Arbeiter traten in einen unbefristeten Streik, und sowohl Arbeiter als auch Arbeitgeber mobilisierten landesweit Unterstützung, so dass es insgesamt acht Monate dauerte, bis dieser Streit, der als »Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit« bezeichnet wurde, beigelegt wurde.

Diese Zeit markiert aber auch aus anderen Gründen einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der japanischen Nachkriegspolitik. Die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags, der 1951 zusammen mit dem Friedensvertrag von San Francisco abgeschlossen worden war, zog damals ebenfalls große Aufmerksamkeit auf sich und löste in Japan massive Protestbewegungen aus, die sog. Anpo-Bewegung (1959/60). Im japa-

nisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag erkannte Japan eine unbefristete Stationierung der US-Truppen in Japan an. Der revidierte Vertrag des Jahres 1960 schrieb die Verpflichtung der US-Truppen zur Verteidigung Japans fest und verlängerte die Gültigkeit des Pakts auf weitere zehn Jahre. Nach Aufnahme der offiziellen Verhandlungen zwischen Japan und den USA im Herbst 1958 wurden zunehmend Bedenken hinsichtlich des militärischen Charakters des Vertragsentwurfs geäußert. Dies führte zur Bildung der »Nationalversammlung zur Verhinderung der Revision des Sicherheitspakts« (1959), die sich aus der SPJ, der Kommunistischen Partei und verschiedenen kleineren Gruppierungen zusammensetzte. Den Versammlungen und Demonstrationen schlossen sich immer mehr Bürger an, bis die Großaktionen ein beispielloses Ausmaß erreichten. Am Ende sollte die Regierung unter Kishi Nobusuke<sup>2</sup> jedoch im Parlament die Annahme des Sicherheitspakts durchsetzen.

Die wirtschaftsorientierte Politik der LDP, die sich die »Verdopplung des Einkommens der Bevölkerung« zum Ziel gesetzt hatte, beschleunigte den raschen Aufschwung der japanischen Wirtschaft. Dadurch stabilisierte sich das quasi-Einparteiensystem der dominierenden Liberaldemokratischen Partei, das bis zum Ende des Kalten Krieges Bestand haben sollte.

Hinsichtlich der Frage der Revision des Sicherheitspakts entbrannte ein unlösbarer Konflikt zwischen linkem und rechtem Flügel der Sozialistischen Partei. Ein Teil des rechten Flügels um den proamerikanisch eingestellten NISHIO trat schließlich aus der Partei aus und gründete die *Minshu Shakaitō* (Demokratische Sozialistische Partei, DSP, kurz *Minshatō*). Nach dem Vorbild des westeuropäischen demokratischen Sozialismus strebte diese neue Partei den »Aufbau eines Wohlfahrtsstaats« an und trat unabhängig von der SPJ der Sozialistischen Internationalen bei.

Der 1964 aus dem Zusammenschluss der rechten Gewerkschaften entstandene **Zen-Nihon Rōdō Sōdōmei (kurz Dōmei) (Japanischer Arbeiterverband**, Japanese Trade Union Confederation JTUC), der eine soziale Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anstrebte, unterstützte die DSP und konkurrierte mit dem der SPJ nahestehenden *Sōhyō* um die Gunst der Arbeiterklasse und um Mitglieder in den Gewerkschaften. Die

2. Kishi war im Zweiten Weltkrieg Minister für Rüstung im Kabinett von General Hideki Tojo gewesen und hatte nach dem Krieg ein erstaunliches Comeback erlebt.

neue Partei war in hohem Maße von *Dōmei* abhängig und verfügte auch nur über wenige Aktivisten, so dass ihre Forderungen kaum zu den Wählern durchdrangen. Dies führte dazu, dass die Partei gegenüber den größeren Parteien LDP und SPJ kontinuierlich an Boden verlor und bei den Wahlen immer schlechter abschnitt.

Auch die neuorganisierte Kommunistische Partei Japans (KPJ) befand sich nach dem Krieg aufgrund der »roten Säuberung« der Besatzungsbehörden, internen Kontroversen über den künftigen Kurs der Partei sowie unpopulären militanten Aktionen eine Zeit lang in einer Tiefphase. Trotz der vorhandenen Organisationskraft blieb man unnachgiebig bzgl. der Forderungen der Partei, was ihr den Ruf einer unflexiblen Prinzipienpartei einbrachte. Die hartnäckigen antikommunistischen Angriffe der Konservativen trugen ebenfalls mit dazu bei, dass das linke Lager keine realistische Chance hatte, an die Regierung zu kommen.

#### 2.2.4 Die ultralinke *Shakaishugi Kyōkai* (Sozialistische Vereinigung)

Innerhalb der Sozialistischen Partei gewann in den 1950er Jahren die ultralinke Theoretikergruppe ***Shakaishugi Kyōkai* (Sozialistische Vereinigung)** an Einfluss (gegründet 1951 von Hitoshi YAMAKAWA, dem Wirtschaftswissenschaftler Itsurō SAKISAKA [\*1897] und anderen). Das 1964 veröffentlichte Werk »**Der Weg zum Sozialismus in Japan**« (**»Der Weg«**) war stark von der Gruppe geprägt und wurde faktisch zum Parteiprogramm. Man verwarf die Sozialdemokratie als »Reformismus, der den Kapitalismus toleriert« und vertrat in der überarbeiteten Ausgabe (1966) das Ziel der Diktatur des Proletariats.

Im Zuge des raschen Wirtschaftswachstums der 1960er Jahre wuchs der Anteil der Bevölkerung, der sich als Mittelschicht verstand, wodurch der Marxismus des linken Flügels der Sozialistischen Partei, der sich den Mantel des Verfassungsschutzes und des Friedens umgehängt hatte, seine Überzeugungskraft verlor. Infolgedessen geriet die Partei in eine lang anhaltende Phase der Stagnation und des Niedergangs.

Das damalige Wahlsystem für das Unterhaus beruhte auf einem System der mittelgroßen Wahlkreise (3–5 Mandate pro Wahlkreis). Bis auf einige Ausnahmen gelang es der SPJ in jedem Wahlkreis einen Sitz zu erringen, und so

blieb sie – gestützt auf die Mobilisierungsstärke des Gewerkschaftsverbands *Sōhyō* – stärkste Oppositionspartei. Dafür musste sie in Kauf nehmen, dass die Wünsche der Gewerkschaften großen Einfluss auf die politischen Entscheidungen hatten, weshalb die Partei mitunter auch als Zweigstelle bzw. »politische Abteilung« des Verbandes *Sōhyō* verspottet wurde.

Es mangelte der Partei aber auch an der nötigen Entschlossenheit, ihre Basis zu erweitern und die Regierungsmacht zu erobern, so dass faktisch die Verhinderung der von der konservativen LDP angestrebten Verfassungsänderung zum Hauptziel der Partei wurde. Um eine Volksabstimmung über die Verfassungsreform im Parlament einzubringen, war (und ist) eine Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments erforderlich, d. h. um eine entsprechende Vorlage zu verhindern, genügt knapp mehr als ein Drittel der Stimmen. Diese defensive Haltung beschleunigte aber die Abkehr der Wähler von der Sozialistischen Partei.

Auf der Ebene der Kommunalpolitik eröffneten sich jedoch neue Möglichkeiten. Ab Mitte der 1960er Jahre siegten bei den Wahlen in der Metropole Tokyo sowie weiteren bedeutenden Gebietskörperschaften die von der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei unterstützten Kandidaten über die konservativen Kandidaten. Innerhalb von etwa zehn Jahren eroberte das linke Lager in etwa 150 Gebietskörperschaften die Bürgermeisterposten. Dies ist vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit der Bürger mit der zunehmenden Umweltverschmutzung sowie der Annäherung der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei auf der Ebene der Lokalpolitik zu sehen.

#### 2.2.5 Die Eda-Vision

Der rechte Parteiflügel hatte mehrfach Reformdiskussionen angeregt. Um mehr Zuspruch in breiten Teilen der Bevölkerung zu gewinnen, sollte die erstarrte Organisation der Partei sowie ihre politischen Grundideen reformiert werden. Eine zentrale Rolle spielte dabei **Saburō EDA** [\*1907], Generalsekretär der SPJ. Er hatte ursprünglich dem linken Flügel angehört, infolge des Streits um den Sicherheitspakt 1960 jedoch seine Position revidiert und in seiner politischen Arbeit Wert auf die Beteiligung der Massen in der Politik gelegt. Er schlug eine Strukturreform vor, die einen strukturellen Wandel

des Kapitalismus nicht durch Revolution, sondern durch politische Reformen vollbringen sollte. Eda trat oft im Fernsehen auf, das in dieser Zeit rasch Verbreitung fand, und genoss eine große Popularität bei den Bürgern.

Die 1962 veröffentlichte »Eda-Vision« strebte die Verwirklichung folgender Ziele an: 1. einen so hohen Lebensstandard wie in den USA, 2. eine konsequente soziale Sicherung nach Vorbild der Sowjetunion, 3. eine parlamentarische Demokratie nach britischem Muster und 4. eine pazifistische japanische Verfassung. In der Vision wurde ein gut verständliches Bild des Sozialismus (de facto: Sozialdemokratie) in der modernen Gesellschaft gezeichnet. Eine konkrete Weichenstellung für die Realisierung der Reformen war jedoch nicht zu erkennen, und da die Vorschläge auch heftig vom linken Flügel angegriffen wurden, fanden sie innerhalb der Partei keine breite Unterstützung.

In dieser Situation machte sich unter Intellektuellen und Arbeitern, die unzufrieden mit dem etablierten linken Flügel waren, eine Bewegung gegen das Establishment breit, die man als die »Neue Linke« bezeichnete. Ausgelöst durch die Unzufriedenheit mit dem Universitätsbetrieb kam es in den späten 1960er Jahren landesweit zu Protestaktionen der Studenten (organisiert im *Zenkyōtō* – Allgemeines Universitätskampfkomitee), bei denen die verschiedenen »Gruppen« der Neuen Linken um Einfluss rangen. In den 1960er Jahren konzentrierte sich die Neue Linke fast ausschließlich auf das Ziel der Aufhebung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspakts, dessen Verlängerung 1970 erneut anstand. Die Neuverhandlung des Vertrages sollte zu einer weiteren Radikalisierung der Aktivitäten der Neuen Linken führen.

Auch die Sozialistische Partei und andere linke Kräfte engagierten sich beim Protest gegen die erneute Verlängerung des Sicherheitspakts, allerdings gelang es ihnen durch das Erscheinen der Neuen Linken nicht, eine ähnliche Stimmung wie bei den Protesten gegen den Sicherheitsvertrag 1960 herbeizuführen. Anders als zehn Jahre zuvor war in der Öffentlichkeit die Furcht, in einen Krieg hineingezogen zu werden, kaum ausgeprägt, so dass der Sicherheitspakt schließlich dem Wunsch der Regierung gemäß automatisch verlängert wurde. Die »Anpo-Bewegung« des Jahres 1970 brachte die mangelnde Fähigkeit des Anti-Establishments zu Tage, die Bürger hinter sich zu vereinen und versetzte sowohl der alten als auch der neuen Linken einen schweren Schlag.

In der SPJ, die in den Ober- und Unterhauswahlen davor Niederlagen hatte einstecken müssen, begann Eda wieder aktiver zu werden. Er verkündete einen Zusammenschluss der SPJ, der *Kōmeitō* (eine von der buddhistischen Laienorganisation »*Sōka Gakkai* unterstützte Partei) und der DSP (allerdings ohne die KPJ) und ging auf Konfrontationskurs zur damaligen Parteiführung, die eine Allianz aller Oppositionsparteien anstrebte, also auch der KPJ. 1976 gründete Eda gemeinsam mit den Generalsekretären der *Kōmeitō*, der DSP und der SPJ die »Vereinigung für ein neues Japan« (»*Atarashii Nihon no Kai*«) und setzte seine eigenen Aktivitäten mit Blick auf eine Union der drei Parteien fort. Dies stieß auf vehementen Widerstand des linken Flügels der SPJ, so dass Eda im darauffolgenden Jahr aus der Partei austrat. Er gründete eine neue Partei, verstarb jedoch kurz danach, wodurch der Versuch, die oppositionellen politischen Kräfte zu bündeln, ins Stocken geriet.

#### 2.2.6 Die »Volkspartei«-Deklaration

Nichtsdestotrotz waren innerhalb der Partei weiterhin Forderungen nach einer Änderung des Parteikurses zu vernehmen. Nach der Niederlage bei den Oberhauswahlen 1977 verschärfte sich die Kritik an der Parteiführung drastisch. Die Austritte einiger Abgeordneter und der Druck des Gewerkschaftsverbands *Sōhyō* sorgten schließlich dafür, dass der Ansatz eines gemeinsamen Kurses von SPJ, *Kōmeitō* und DSP in der Partei mehr Anhänger fand.

1980 kam es zu einer Übereinkunft zwischen SPJ und *Kōmeitō* und in der Folge – durch die Vermittlung der *Kōmeitō* – zur »historischen Aussöhnung« mit der DSP. Diese Entwicklung setzte sich fort, und gegen den Widerstand des linken Flügels wurde 1986 ein neues Parteiprogramm verkündet, die »Neue Deklaration«. Man erklärte sich zur Volkspartei, vollzog den Bruch mit dem Sozialismus nach sowjetischem Muster, erkannte die liberale Marktwirtschaft an und schwenkte zum ersten Mal als Partei auf den Kurs der westeuropäischen Sozialdemokratie ein. Die im Gründungsprogramm (1945), dem Einheits-Programm (1955) und dem Quasi-Programm »Weg« (1964) verankerten Grundlinien der Partei wurden mit der neuen Erklärung vollständig reformiert, und die langjährige Dominanz des linken Flügels der Partei kam zu einem Ende.

Allerdings kam der Kurswechsel zu spät. Bei den Unterhauswahlen ein halbes Jahr später erlitt die Partei eine vernichtende Niederlage. Daraufhin wurde zum ersten Mal eine Frau, die spätere Präsidentin des Unterhauses Takako DOI [\*1928], zur Parteivorsitzenden gewählt und mehr weibliche Kandidaten aufgestellt, was in der Folge den sogenannten »Doi-Boom« auslöste. Bei den Oberhauswahlen 1989 erreichte man eine Umkehr der bestehenden Mehrheitsverhältnisse zwischen den Oppositions- und Regierungsparteien und auch bei den Unterhauswahlen 1990 konnte die Zahl der Sitze wieder erheblich ausgebaut werden. Zeitweilig gewann die Partei ihre alte Stärke zurück, doch gelang es letztlich nicht, unter dem Banner der neuen Deklaration die Partei in eine wirklich reformierte sozialdemokratische Partei umzuwandeln.

Es gab so gut wie keine Maßnahmen, die man den sorgfältig ausgearbeiteten Strategien der LDP-Regierung hätte entgegensetzen können. Die LDP strebte die Privatisierung verschiedener Staatsbetriebe (Japan National Railways, Japan Tobacco and Salt Public Corporation, Nippon Telegraph and Telephone) und Verwaltungs- und Finanzreformen an, bemühte sich aber auch, eine Spaltung der linken Gewerkschaften herbeizuführen. Die Gewerkschaften waren infolge des sinkenden Organisationsgrads zunehmend geschwächt und ausgehend von den privatisierten Staatsbetrieben, setzte eine Neuordnung der Gewerkschaften ein.

1989 schlossen sich *Sōhyō* (Gewerkschaftsbund) und *Dōmei* (Japanischer Arbeiterverband), bis dato Konkurrenten, in der Dachorganisation **Nippon Rōdō Kumiai Sō-Rengō-kai** (kurz **RENGO**, Konföderation der japanischen Gewerkschaften, Japanese Trade Union Confederation/JTUC) zusammen. Mit dem Ende des Kalten Krieges in den Jahren 1989 bis 1991 sank der Einfluss der Sozialistischen Partei aber weiter. Allerdings erlebte auch die konservative LDP Anfang der 1990er Jahre eine tiefe Krise. Als Folge von Parteispendskandalen und zunehmender Kritik an der Verfilzung von Politik, Bürokratie und Industrie kam es zu heftigen Protesten und letztlich zur Abspaltung einer großen Zahl von Abgeordneten von der LDP. 1993 erlitt die Partei eine Niederlage bei den Unterhauswahlen und wurde erstmals auf die Oppositionsbank verwiesen. Damit ging das »System von 1955« der beiden großen Parteien LDP und SPJ zu Ende.

Es lassen sich verschiedene Gründe dafür anführen, warum dieses System so lange Bestand hatte. So argumentieren beispielsweise konservative Politiker (wie der frühere Premierminister Noboru Takeshita [1924–2000] u. a.), dass die Arbeitsteilung zwischen den beiden Parteien funktionierte, da jeweils eine Partei Ansprechpartner für die USA (LDP) bzw. die Sowjetunion (SPJ) war und dadurch eine Einmischung der beiden Großmächte in Japan abgewehrt wurde. Andere sehen in der Tatsache, dass die – wenn auch nur teilweise – Umsetzung der sozialdemokratischen Maßnahmen, wie der Abbau von Disparitäten und der Ausbau des Wohlstands durch Neuverteilung des Einkommens, zur Stabilisierung der öffentlichen Meinung beitrugen. Das soll keinesfalls bedeuten, dass die LDP eine sozialdemokratische Partei ist. Es steht jedoch außer Zweifel, dass ein wesentlicher Teil dieser Maßnahmen ergriffen wurden, um Japan im westlichen Lager zu verankern.

Aus den Wahlen von 1993 ging ein Koalitionskabinett (9.8.1993–28.4.1994) mit Premierminister Morihiro HOSOKAWA [\*1938] an der Spitze hervor, gestützt auf die aus der LDP abgespaltene Gruppierung sowie einen zusammengewürfelten Haufen von insgesamt sieben Oppositionsparteien. Doch konnte man sich innerhalb der Regierung nicht auf einen einheitlichen Kurs einigen, und ein Spendenskandal, in den auch der Premierminister verwickelt war, führte letztendlich dazu, dass das Kabinett nach weniger als einem Jahr zurücktreten musste.

1994 wurde eine Koalitionsregierung aus LDP und SPJ gebildet – eine Parteienkombination, die unter dem 1955er-Regime nicht vorstellbar gewesen wäre. Zum Premierminister wurde Tomiichi MURAYAMA [\*1924] vom rechten Flügel der SPJ gewählt, auch wenn die Partei über deutlich weniger Parlamentssitze als die LDP verfügte. Die Partei machte hinsichtlich der politischen Maßnahmen allerdings große Zugeständnisse an die Liberaldemokraten. Man erklärte die Anerkennung der japanischen Selbstverteidigungskräfte, die man zuvor lange Zeit abgelehnt hatte, und erkannte auch den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag an. Dies besiegelte den Rechtsruck der Partei, die in der Vergangenheit für Entmilitarisierung und Neutralität plädierte und die treibende Kraft hinter der Antikriegs- und Friedensbewegung gewesen war.

Anfang 1996 trat Murayama, nach einem Jahr und fünf Monaten im Amt, zurück. Die Partei verblieb noch in der Regierung und erarbeitete ein neues Programm mit dem Titel »Neue Grundwerte und politische Ziele« (**Deklaration von 1995**). Die Inhalte waren noch realistischer als die der »Neuen Deklaration«, und man benannte die Partei nun um in »**Shakai Minshutō (Sozialdemokratische Partei)**«. Die führenden Köpfe der SPJ traten jedoch der 1996 gegründeten **Minshutō** (Demokratische Partei Japan, DPJ) bei, was die sozialdemokratische Partei weiter schwächte. Auch in der Opposition setzte sich der Niedergang fort, und heute steht die Partei mit nur noch fünf Sitzen im japanischen Parlament auf dem Stand der Mindestanforderungen für die Zuerkennung des Parteistatus.

### 2.2.7 Die *Minshutō* (DPJ)-Regierung und ihr Niedergang, 2009–2012

1996 wurde das Wahlsystem für die Unterhauswahlen von einem System der mittelgroßen Wahlkreise in ein Einmandats-Wahlkreissystem umgewandelt. Im gleichen Jahr gelang es der DPJ, die Anti-LDP-Stimmung der Wähler zu nutzen und ihre eigene Position auszubauen. In der Partei waren allerdings viele ehemalige LDP-Abgeordnete tätig, so dass es sich, insgesamt betrachtet, auch bei der DPJ um eine konservative Partei handelt. Das Wahlprogramm (Manifest) der DPJ spiegelte aber teilweise auch die politischen Grundsätze der früheren SPJ- und DSP-Mitglieder, die der DPJ beigetreten waren, wider und enthielt zahlreiche sozialdemokratische Ansätze, wie den Schutz der sozial Schwachen und die Stärkung der Menschenrechte.

Bei den Unterhauswahlen 2009 errang die Partei im Schulterschluss mit anderen Oppositionsparteien den Sieg über die LDP und gelangte zum ersten Mal an die Regierung. Sie vereinigte knapp zwei Drittel der insgesamt 480 Sitze auf sich und löste mit diesem erdrutschartigen Sieg einen »Regierungswechsel« aus.

Allerdings gingen viele der im Manifest aufgeführten politischen Maßnahmen zu weit, so dass der Großteil aufgrund von mangelnden finanziellen Mitteln nicht umgesetzt werden konnte. Da von der DPJ die »Führung der Politik« zu sehr in den Vordergrund gestellt wurde, stießen die Vorschläge auf den Widerstand der Bürokratie. Hinzu kamen Missgriffe in der Außen- und

Verteidigungspolitik sowie parteiinterne Konflikte. Auch beim Umgang mit der Großen Erdbebenkatastrophe und dem Reaktorunfall von Fukushima 2011 zeigte die DPJ-Regierung Schwächen, litt aber auch unter einer Obstruktionspolitik seitens der LDP.

Bei wichtigen Aufgaben wirkte die Regierungsführung mitunter improvisiert, und es mangelte an der Fähigkeit zum Krisenmanagement. Man machte sich stark für eine integrierte Finanz- und Sozialreform zum Abbau des enormen Haushaltsdefizits und der anschwellenden Kosten der sozialen Sicherheitssysteme, die durch eine Erhöhung der Konsumsteuer (Mehrwertsteuer) finanziert werden sollte – ein Punkt, der im Wahlmanifest nicht enthalten war. Die Steuerreform, bei der man die Opposition – LDP und die *Komeitō*<sup>3</sup> – mit einbezog, veranlasste einige Abgeordnete zum Austritt aus der Partei. Zu guter Letzt erlitt die Partei bei den Wahlen 2012 eine vernichtende Niederlage. Die Zahl der Mandate sank auf ein Sechstel, und die DPJ-geführte Regierung brach nach drei Jahren und drei Monaten zusammen (16.9.2009–26.12.2012).

Unter Premierminister **Shinzō ABE** [\*1954] errang die Liberaldemokratische Partei auch bei den Oberhauswahlen 2013 einen überwältigenden Sieg und sicherte sich damit in beiden Kammern des Parlaments gemeinsam mit dem Koalitionspartner *Komeitō* eine stabile Mehrheit.

Um Japan aus der Deflation heraus zu führen, hat die Regierung ABE eine fast als brutal zu bezeichnende Wirtschaftspolitik eingeleitet, die allgemein als »Abenomics« bekannt geworden sind: gestützt auf die »Drei Pfeile« der Haushalts-, Finanz- und Wachstumsstrategien. Auf der anderen Seite wurde mit der Verabschiedung des heftig kritisierten »Gesetzes über den Schutz bestimmter Geheimnisse« das Recht der Bürger auf Information erheblich beschnitten und auch Sozialleistungen abgebaut. In seinem konservativen Gebaren schlägt Abe ganz nach seinem Großvater Kishi, Japans Premierminister während der o. g. Anpo-Unruhen von 1960, und gefährdet dadurch die außenpolitischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten China und Südkorea.

Die Demokratische Partei wiederum behauptet sich zwar gerade noch als größte Oppositionspartei, scheint allerdings nicht in der Lage, eine führende Funktion in

3. Seit 1994 lautet die englische Bezeichnung New Komeito Party

der Opposition auszuüben, wie es die SPJ im »1955er System« getan hatte. Die in der DPJ verbliebenen sozialdemokratischen Kräfte wirken kraftlos, und ein Weg zu einem Wiederaufbau der Partei ist derzeit nicht zu erkennen.

### 3. Fazit

Man findet heute in Japan kaum Intellektuelle, die sich ernsthaft mit sozialdemokratischen Ideen beschäftigen oder Empfehlungen für sozialdemokratische Politikansätze mit Nachdruck verfolgen. Das liegt unter anderem daran, dass es eher der Marxismus war, der die Herzen der Intelligenz, der Arbeiter und der jungen Menschen für sich gewinnen konnte, wohingegen nur sehr wenige die Sozialdemokratie wirklich verstanden und bei den Menschen für sozialdemokratische Ideen warben. Nach dem Ende des Kalten Kriegs brach das marxistische Lager auseinander, aber dennoch wurde nicht über die Zukunft der Sozialdemokratie gesprochen. Man vermied ideologiebezogene Diskussionen weitgehend und widmete sich der Diskussion von konkreten Themen, wie z. B. der Energie- und Umweltpolitik, der Dezentralisierung usw.

Japans Gesellschaft ist – wie auch die Deutschlands und anderer Länder – heute stark geprägt vom Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse, darüber hinaus aber auch von sinkenden Löhnen und einer sich weitenden sozialen Schere. Die akuten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme Japans sind kaum mehr zu bewältigen, sei es die Haushaltssanierung, die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, Reformen im Bereich der Bildung und

der Kinderziehung und -betreuung, die Liberalisierung des Agrarsektors oder die Außenhandelspolitik etc.

Aus Umfragen wird deutlich, dass die Hoffnungen und Erwartungen der Wähler in die bestehenden Parteien stetig sinken und der Anteil der Wechselwähler stets höher ist als die Zustimmungsraten zu jeder der etablierten Parteien. Neben der großen Unzufriedenheit und dem Misstrauen gegenüber den Parteien, breitet sich weiterhin zunehmend Desinteresse an der Politik sowie Parteienverdrossenheit aus. Sollte man sich nicht gerade deshalb erneut auf die Sozialdemokratie als wirksamen Gegenpol zum Konservatismus und Neoliberalismus besinnen?

Im vorliegenden Beitrag wurde die Entwicklung der Sozialdemokratie in Japan grob skizziert. Es gibt eine große Zahl von Themen, die eine genauere Einordnung und Bewertung der historischen Entwicklung erfordert, angefangen bei der hier grob vorgenommenen Einteilung in eine Entstehungs- und eine Entfaltungsphase der japanischen Sozialdemokratie. Im Rahmen einer detaillierten Prüfung müssen wir uns der Frage stellen, weshalb sich in Japan keine stabile sozialdemokratische Partei herausgebildet hat, weshalb es der Sozialistischen Partei nicht gelang, sich in eine sozialdemokratische Partei umzuwandeln und welche Art der Sozialdemokratie sich für Japan eignet. Für die Demokratie in Japan, die derzeit stark nach rechts tendiert, ist es unerlässlich, neue sozialdemokratische Ideen und Politikansätze zu entwickeln sowie Parteien bilden und Persönlichkeiten zu fördern, die diese tragen.



## Über den Autor

Mikio TAGAMI, geboren 1948, ist seit 2008 freier Journalist. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Keio-Universität in Tokyo arbeitete er als Journalist bei der Tageszeitung Asahi Shimbun in den Resorts Gesellschaft, Politik, und Meinungsforschung.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa / Nordamerika |  
Abteilung Internationaler Dialog |  
Hiroshimamaße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249  
<http://www.fes.de/international/wil>  
[www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika](http://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika)

Bestellung/Kontakt hier:  
[FES-WENA@fes.de](mailto:FES-WENA@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

## Das FES-Büro in Tokyo, Japan

Japan ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Asien. Die beiden Länder sind wichtige Akteure auf der internationalen Bühne und sehen sich mit ähnlich gelagerten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Umwelt-Problemen konfrontiert. Das Tokyoter Büro der FES fördert den japanisch-deutschen Dialog, engagiert sich für den multilateralen Dialog zwischen ostasiatischen, europäischen und nordamerikanischen Akteuren und trägt zum Ausbau japanisch-europäischer Netzwerke in Politik, Bürgergesellschaft und Wissenschaft bei. An den Aktivitäten des Tokyoter Büros der FES ist breites Spektrum von Vertretern aus Politik und Bürgergesellschaft beteiligt, wissenschaftlicher Austausch wird durch die Förderung von Symposien und Workshops angestrebt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit sind Sicherheits- und Klima- bzw. Energiepolitik, erstrecken sich aber auch auf soziale Fragen wie den demographischen Wandel in Japan und Deutschland, den hohen Stand der Staatsverschuldung in den Industriestaaten sowie damit zusammenhängende wirtschaftliche Fragen wie die Entwicklungen auf dem japanischen Arbeitsmarkt sowie Fragen des Verbraucherschutzes. Weiterhin sind Debatten über die Aufarbeitung der Kriegsvorgänge sowie über Geschichtserziehung in Europa und Ostasien Teil unseres Projekts.

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Deutsches Kulturzentrum  
7-5-56 Akasaka, Minato-ku  
J Tokyo, 107-0052  
Japan

Tel.: 0081-(0) 3-6277-7551  
Fax: 0081-(0) 3-3588-6035  
E-Mail: [office@fes-japan.org](mailto:office@fes-japan.org)  
[www.fes-japan.org](http://www.fes-japan.org)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-926-1